

Policy Brief

22. März 2022

Policy Brief Nr. 4/2022

Steigende Energiepreise: Ein Vorschlag für eine ökologisch und sozial treffsichere Maßnahme

Sebastian P. Koch

Susanne Forstner

Thomas König



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES
Vienna

Zusammenfassung

Der Krieg in der Ukraine trifft über mehrere Wirkungskanäle die heimische Volkswirtschaft. So belasten stark gestiegene Energie- und Rohstoffpreise Haushalte und Unternehmen. Das Energiekosten-Entlastungspaket der Bundesregierung setzt Maßnahmen zur Abfederung dieser Belastungen. Mit diesem Policy Brief möchten wir einen konstruktiven Beitrag zur Debatte leisten und schlagen eine wirtschaftspolitische Maßnahme vor, die ökologisch und sozial treffsicher erscheint: eine Transferzahlung, die umgekehrt proportional zur motorbezogenen Versicherungssteuer ausbezahlt wird.

1 Steigende Energiepreise

Aus volkswirtschaftlicher Perspektive betrachtet, beeinflussen der Krieg in der Ukraine und die Sanktionen gegen die Russische Föderation und gegen Belarus über mehrere Wirkungskanäle die europäische bzw. die österreichische Volkswirtschaft: Die Exporteure über den eingeschränkten Außenhandel; die heimischen Produzenten über Störungen der Versorgungs- und Lieferketten und genauso wie die Haushalte über stark gestiegene Energie- und Rohstoffpreise; den Sektor Staat über die Finanzierung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen; und die Finanzmärkte und Banken über ihre Verflechtung in den russischen Markt.

Über diese Wirkungskanäle sind die österreichischen Haushalte und Unternehmen derzeit am unmittelbarsten von den Rohstoffpreisen betroffen: So sind die Preise von Rohöl, Gas und landwirtschaftlichen Rohstoffen in den vergangenen Wochen drastisch gestiegen, zuletzt aber wieder leicht gesunken. Die hohe Inflation schmälert die Kaufkraft der privaten Haushalte; die Energiearmut von Haushalten droht sich auszuweiten¹. Haushalte müssen ihren Konsum einschränken oder, um ihn aufrecht zu erhalten, stärker auf ihre Sparguthaben zurückgreifen. Auf Seiten der Unternehmen schmälern die hohen Kostensteigerungen die Gewinne und damit auch die Finanzierungsmöglichkeiten von Investitionen. Hohe Energiepreise machen zudem die Produktion energieintensiver Güter wie Dünger, Papier oder Stahl unrentabel, was punktuell bereits zu Produktionsstopps führte. Verwendungsseitig könnten im Zweit- und Drittrundeneffekt geplante Investitionen bzw. Konsumententscheidungen verschoben werden, was die ökonomische Aktivität dämpft.

¹ Das Phänomen der Energiearmut von Haushalten wird schon seit längerem auch in Österreich diskutiert; siehe etwa https://www.statistik.at/web_de/presse/125850.html.

2 Handlungsbedarf

Die österreichische Bundesregierung hat am Sonntag, 20. März 2022, bereits ihr zweites Energiekosten-Entlastungspaket in diesem Jahr vorgestellt. Nach einhelliger Kritik ist eine im Vorfeld diskutierte Senkung der Mineralölsteuer (MÖSt) ausgeblieben; stattdessen soll – neben anderen Maßnahmen – die Pendlerpauschale die Mehrkosten der stark gestiegenen Energiepreise abfedern.² Aber ähnlich wie bei einer Senkung der MÖSt wird auch hinsichtlich der Erhöhung der Pendlerpauschale kritisch angemerkt, dass diese Maßnahme sozial und ökologisch wenig treffsicher sei: sie dürfte vor allem einkommensstarken Haushalten zugutekommen und keinen Anreiz zur Reduktion des CO₂-Verbrauchs setzen.

In der aktuellen Debatte wird oft implizit von verschiedenen Handlungsgrundsätzen aus argumentiert, die nicht immer klar benannt werden. Es wäre daher zunächst erforderlich, diese Handlungsgrundsätze offenzulegen und zu diskutieren, warum der Staat Maßnahmen zur Abfederung wirtschaftlicher Härten ergreifen sollte. Aus unserer Sicht sind u.a. dafür folgende Gründe zu nennen:

- Der Staat hat eine Fürsorgepflicht gegenüber Haushalten und Unternehmen, die er im Falle von Energiearmut oder unverschuldeten Liquiditätsengpässen (Unternehmen) schützen muss.
- Auch ein drohender volkswirtschaftlicher Schaden, z.B. verursacht durch hohe Teuerungsraten, könnten das Einschreiten des Staates oder der geldpolitischen Instanzen rechtfertigen.
- Zugleich sollten Maßnahmen aber auch die großen gesellschaftlichen Herausforderungen wie etwa die Bewältigung der Klimakrise, oder auch die Reduktion der Energieabhängigkeit nicht konterkarieren.
- Der Einsatz öffentlicher Mittel sollte dem Grundsatz der Sparsamkeit beziehungsweise Effizienz der öffentlichen Haushalte folgen.

Daraus lassen sich zumindest drei wesentliche Kriterien ableiten, an denen mögliche Maßnahmen gemessen werden sollten: Treffsicherheit, Sparsamkeit, Klimabezug.

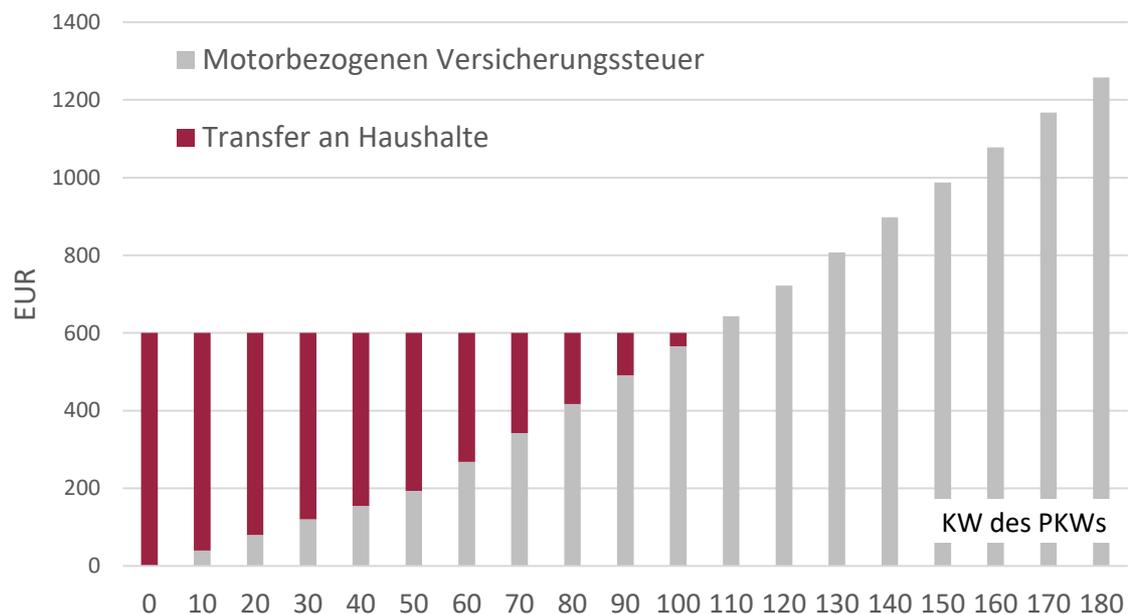
² Bisher sind die Eckpunkte des Entlastungspakets bekannt gemacht worden:
<https://www.bmf.gv.at/presse/pressemeldungen/2022/maerz/energiepaket.html>.

3 Vorschlag: Transfers umgekehrt proportional zur motorbezogenen Versicherungssteuer (MbVSt)

Wir wollen uns konstruktiv in die öffentliche Debatte über wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Abfederung der Energiepreisschocks einbringen und schlagen daher vor, eine Erweiterung des wirtschaftspolitischen Toolkits in Betracht zu ziehen und auf ihre Umsetzbarkeit hin zu prüfen: eine Transferzahlung, die umgekehrt proportional zur motorbezogenen Versicherungssteuer (MbVSt) gestaffelt ist.

Der Vorschlag soll zunächst an einem Schaubild schematisch dargestellt werden (Abbildung 1). Die Grundidee dabei ist, die Höhe der Transferzahlung umgekehrt proportional zur MbVSt zu staffeln. Das hätte zur Folge, dass Nutzer/innen von PKWs mit geringer Leistung bzw. sparsamem Verbrauch bzw. geringem CO₂-Ausstoß eine höhere Transferzahlung erhalten als jene von schweren, leistungsstarken PKWs.

Abbildung 1: Motorbezogenen Versicherungssteuer und umgekehrt proportionale Förderung der Haushalte und Unternehmen.



Graphik: Autor. Anmerkung: Schematische Darstellung. Der Vorschlag orientiert sich vereinfachend an den Kilowatt (KW) der eingetragenen Leistung (alter Berechnungsgrundsatz³).

³ Aktuelle Steuerbeträge, die sich auch nach dem CO₂-Ausstoß richten, können hier entnommen werden: <https://www.bmf.gv.at/themen/steuern/kraftfahrzeuge/motorbezogene-versicherungsteuer/steuersatz-motorbezogene-vers.html> oder hier berechnet werden: https://durchblicker.at/autoversicherung/motorbezogene-versicherungssteuer-rechner?gclid=EALalQobChMI5uylg8bP9gIVEd3Ch2c3ABOEAAAYASAAEgIJRPD_BwE

Eine solche Maßnahme hätte zwei wesentliche Vorteile insbesondere gegenüber der Pendlerpauschale.

- 1) Ein Transfer nach diesem Schema berücksichtigt und unterstreicht den klimapolitischen Aspekt, da die Höhe der Transferleistung klar an einer klimarelevanten Größe (KW und/oder CO₂) ansetzt. Eine ausbleibende Transferleistung für PKWs mit hohem Verbrauch erhöht auch den Druck hin zu einer verbrauchsärmeren PKW-Flotte – angesichts der hohen Abhängigkeit von russischer Energie sicherlich auch ein wünschenswertes Lenkungsziel. Darüber hinaus wird damit auch signalisiert, dass bei künftigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen dieser Art die Umweltfolgen klar adressiert werden. An der Pendlerpauschale in ihrer bisherigen Form anzusetzen, scheint diesbezüglich wie ein Relikt aus einer anderen Zeit.
- 2) Daneben ist – gemäß gängigen Annahmen – davon auszugehen, dass Haushalte mit geringerem Einkommen eher leistungsschwächere PKWs nutzen als Haushalte mit hohem Einkommen. Das würde die Treffsicherheit der Maßnahme in Bezug auf ihren sozialen Aspekt gegenüber einer Pendlerpauschale deutlich erhöhen, bei der Bezieher/innen höherer Einkommen durch den Ansatz über die Bemessungsgrundlage bessergestellt sind. Von einer solchen Transferleistung würde auch Personen mit geringem Einkommen oder auch Pensionist/innen und Studierende erreicht, bei denen aufgrund der Höhe ihrer Einkünfte keine Einkommenssteuer fällig wird. Eine Maßnahme, die sozial treffsicherer ist, ist damit auch sparsamer.

Fazit: Solange die Abhängigkeiten vom PKW so stark sind, dass bei hohen Teuerungsraten im Bereich der Energie die Gefahr besteht, dass Teile der Gesellschaft in die Energiearmut rutschen, scheint eine Transferzahlung, die umgekehrt proportional zur motorbezogenen Versicherungssteuer ausbezahlt wird, eine Maßnahme zu sein, die den oben formulierten Kriterien annähernd entspricht. Sie fördert ein klimaschonendes Verhalten, ist sozial treffsicherer und reduziert die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffimporten.

AutorInnen

Sebastian P. Koch, Susanne Forstner, Thomas König

Titel

Steigende Energiepreise: Ein Vorschlag für eine ökologisch und sozial treffsichere Maßnahme

Kontakt

T +43 1 59991-233

E koch@ihs.ac.at

Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Vienna

T +43 1 59991-0

F +43 1 59991-555

www.ihs.ac.at

ZVR: 066207973

Lizenz

Steigende Energiepreise: Ein Vorschlag für eine ökologisch und sozial treffsichere Maßnahme von Sebastian P. Koch, Susanne Forstner, Thomas König ist lizenziert unter einer [Creative Commons Namensnennung 4.0 International](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/) <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>.

Alle Inhalte sind ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden oder des IHS aus dem Inhalt dieses Werkes ist ausgeschlossen.



Alle IHS Policy Briefs sind online verfügbar: http://irihs.ihs.ac.at/view/ihs_series/ser=5Fpol.html